Gemeinderat

Protokoll Nr. 9 / 2003

Datum 18. Dezember 2003

Dauer 14.00 - 19.05 Uhr

Anwesend

Präsident Gieri Derungs

Mitglieder

Dorina Attinger-Vincenz	Emilio Arioli
Fred Bieler	Christian Durisch
Barla Cahannes Renggli	Fritz Imholz
Franco Lurati (ab 15.20 Uhr)	Reto A. Lardelli
Dr. Luca Tenchio	Christina Bandli
Urs Schädler	Rita Cavegn Hänni
Andrea Ullius	Beda Frei
Marco Willi	Thomas Hensel
Peter Zürcher	Anna Ratti
Thomas Leibundgut	Sandro Steidle

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadtrat Martin Jäger
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 20. November 2003	
2.	Voranschlag 2004 / GPK-Bericht	Botsch. Nr. 51/2003
3.	Aufgabenüberprüfung in der Stadtverwaltung (Postulat Suter)	Botsch. Nr. 52/2003
4.	Beitrag an die bauliche Sanierung der Alterssiedlung „im Bodmer“	Botsch. Nr. 53/2003
5.	Energiedienstleistungsprojekte der Industriellen Betriebe der Stadt Chur	Botsch. Nr. 54/2003
6.	Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Auswirkungen Sparprogramm Kanton Graubünden	Nr. 55/2003
7.	Wahl des Präsidiums für 2004	
8.	Wahl des Vizepräsidiums für 2004	
9.	Wahl des Aktuariats für 2004	

Traktandenliste

- **Antrag** Lardelli

Die Traktanden 3 (Aufgabenüberprüfung) und 5 (Energiedienstleistungen) seien vor dem Voranschlag zu behandeln.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 11 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheissen.

1. Protokoll der Sitzung vom 20. November 2003

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Aufgabenüberprüfung in der Stadtverwaltung (Postulat Suter)

Mit Botschaft Nr. 52/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Der Gemeinderat nimmt von der verwaltungsintern durchgeführten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Kenntnis.
2. Der Stadtrat wird beauftragt, die gemäss Ziff. 5 beantragten Massnahmen weiter zu bearbeiten und über die Umsetzung jährlich im Rahmen des Verwaltungsberichts Rechenschaft abzulegen.
3. Das Postulat Suter und Mitunterzeichner betreffend Finanzen der Stadt Chur, vom Gemeinderat am 10. April 2003 überwiesen, wird abgeschrieben.

- **Antrag** auf Rückweisung

Namens der SVP-Fraktion begründet **Durisch** den Rückweisungsantrag. Die SVP sei enttäuscht über diese Botschaft. Es gehe nicht um die Streichung oder den Abbau von Leistungen, welche die Bevölkerung von der Stadt erwarten dürfe (Pilzkontrolle, Leistungen bei Veranstaltungen), sondern um eine Überprüfung der Stadtverwaltung auf Unnötiges, auf Doppelspurigkeiten, Ineffizienz, Synergiemöglichkeiten, Vereinfachung von Verfahren, Abbau überholter Vorschriften. Die SVP sei gegen eine Überprüfung durch Dritte, denn jede Dienststelle sollte dazu selbst in der Lage sein. Die vom Stadtrat aufgezeigten Einsparungen seien ungenügend. Die SVP wende sich auch gegen Gebührenerhöhungen; vielmehr sollten etwa im Baubereich die Verfahren vereinfacht werden. Die Rückweisung erfolge mit dem Auftrag, die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu intensivieren und darüber im Rahmen des Verwaltungsberichts Rechenschaft abzulegen.

Es folgt eine Debatte über den Rückweisungsantrag.

Auch **Willi** kritisiert den Stadtrat. Sparen bedeute nicht Leistungsabbau, sondern es gelte, die gleiche Leistung bei geringeren Kosten zu erbringen. Heilige Kühe wie etwa eine Überprüfung der Klassengrössen bei der Stadtschule seien unangetastet geblieben, ebenso das weite Feld der Personalkosten. Auch im Bereich der Stadtplanung werde mit immer grösserer Kelle angerichtet. Der Stadtrat habe den Auftrag des Gemeinderates nicht verstanden, und die Botschaft sei Makulatur. Die Direktbetroffenen seien für eine Überprüfung ihrer eigenen Aufgaben ungeeignet. Der Rückweisungsantrag werde unterstützt.

Frau **Ratti** wendet sich mit Vehemenz gegen die Rückweisung und gegen pauschale Sparaufträge. Es gelte vielmehr, bei konkreten Investitionsvorhaben den Hebel anzusetzen und sich nicht mit Details zu befassen. Mit anderen Worten solle der Gemeinderat die Richtung angeben, aber nicht ins Operative eingreifen. Sie wende sich gegen Ziff. 2 des stadträtlichen Antrags (Umsetzung), denn der Stadt gehe es gut.

Der Stadtrat habe in seiner Antwort auf das Postulat auf die zu kurz bemessene Frist für eine Aufgabenüberprüfung hingewiesen, führt der **Stadtpräsident** aus. Der Stadtrat habe in seiner Botschaft aufzeigen können, dass die Verwaltung schlank arbeite und fit sei. Dass dies so sei, sei auch der GPK zu verdanken. Ein weiterer Abbau ginge an die Muskulatur. Bei den möglichen Massnahmen habe der Stadtrat unterschieden zwischen seinen Anträgen und denjenigen, die er zur Diskussion stelle; dort sei es am Gemeinderat, über deren Umsetzung zu befinden. Der Stadtrat habe den Auftrag des Gemeinderates erfüllt.

Der Stadtrat habe im Bereich der Stadtschule 21 Massnahmen aufgeführt, darunter zahlreiche heilige Kühe, führt Stadtrat **Jäger** aus. Vor 15 Jahren habe der Gemeinderat Richtgrössen für Schulklassen festgesetzt, die heute immer noch eingehalten würden. Dies, obschon sich die Ansprüche an die Schule deutlich erhöht hätten.

Tenchio ist für Eintreten und Zustimmen zu den Anträgen Ziff. 1 und 2, jedoch gegen Ziff. 3. Ein Millionen-Sparpotenzial zu orten sei illusorisch; der Hebel müsse vielmehr bei den Investitionen angesetzt werden.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag wird mit 14 gegen 5 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Schlussabstimmung:

1. Der Gemeinderat nimmt von der verwaltungsintern durchgeführten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung Kenntnis (ohne Abstimmung).
2. Der Auftrag an den Stadtrat, die gemäss Ziff. 5 der Botschaft beantragten Massnahmen weiter zu bearbeiten und über die Umsetzung jährlich im Rahmen des Verwaltungsberichts Rechenschaft abzulegen, wird mit 11 gegen 8 Stimmen bei 1 Enthaltungen abgelehnt.

3. Die Abschreibung des Postulats Suter und Mitunterzeichner betreffend Finanzen der Stadt Chur, vom Gemeinderat am 10. April 2003 überwiesen, wird mit 11 gegen 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

- **Rückkommensantrag** Cahannes zu Ziff. 2

Abstimmung:

Der Rückkommensantrag wird mit 9 gegen 7 Stimmen bei 4 Enthaltungen **angenommen**.

In der Diskussion wird eingewendet, dass ein Nein zu Ziff. 2 töricht wäre, aber auch, dass es sich dabei um eine ständige Aufgabe des Stadtrates handle.

Abstimmung:

Der Auftrag an den Stadtrat, die gemäss Ziff. 5 der Botschaft beantragten Massnahmen weiter zu bearbeiten und über die Umsetzung jährlich im Rahmen des Verwaltungsberichts Rechenschaft abzulegen, wird mit 10 gegen 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

3. Energiedienstleistungsprojekte der Industriellen Betriebe der Stadt Chur

Mit Botschaft Nr. 54/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Das Projekt für die bereits erstellte Energieanlage in der Überbauung Kornquader wird nachträglich genehmigt.
2. Für die Erstellungskosten der Anlage Kornquader von insgesamt Fr. 1'014'000.-- wird ein Nachtragskredit zu Lasten der Investitionsrechnung 2003 bewilligt (Konto 860.506.9963).
3. Für die Erstellung einer weiteren Anlage im Auftragsverhältnis wird ein Nachtragskredit zu Lasten der Laufenden Rechnung 2003 von Fr. 747'000.-- bewilligt. Diese Kosten werden vollumfänglich dem Auftraggeber zu Gunsten der Laufenden Rechnung weiterverrechnet.

- **Rückweisungsantrag** Lardelli

Lardelli begründet seinen Antrag mit den fehlenden gesetzlichen Grundlagen für das Anbieten von Energiedienstleistungen. Auch könnten Nachtragskredite nur zu Budgetpositionen beantragt werden. Letztlich dränge sich eine Rückweisung aufgrund ordnungspolitischer Überlegungen auf. Weder die Industriellen Betriebe der Stadt Chur (IBC) noch der Stadtrat seien befugt, aufgrund der bestehenden gesetzlichen Ordnung Contracting-Verträge einzugehen. Zumindest hätte die IBC-Verordnung vorgängig durch den Gemeinderat angepasst werden müssen. Auch sei das Vorgehen der IBC nicht akzeptabel. Diese seien nicht verselbständigt, und alle wichtigen Geschäfte müssten vorgängig der Werkkommission vorgelegt werden. Diese habe zum Thema Contracting nie Stellung beziehen können, was eine eklatante Kompetenzverletzung sei, die Konsequenzen haben müsse. Der IBC-Führung müsse bewusst werden, dass sie eine Verwaltungsabteilung mit beschränkten Kompetenzen und einer ständigen Begleitkommission sei und sich strikte an die rechtlichen Vorgaben zu halten habe.

Auch **GPK-Präsident** Zürcher zeigt sich schockiert, jedoch nicht überrascht über die Botschaft zu den Energiedienstleistungen. Er habe nämlich das Gefühl, die IBC kümmerten sich wenig um die Gesetzmässigkeiten der öffentlichen Verwaltung. Die Art des Vorgehens missachte die ganze Budgetierung sowie die in der Verfassung geregelten Finanzkompetenzen aufs Gröbste. Für weitere Contracting-Geschäfte sei eine Bewilligung des Gemeinderates mit entsprechender Budgetposition nötig. Immerhin könne das Projekt Kornquader als gutes Renditeobjekt bezeichnet werden.

Als Präsident der Werkkommission macht **Schädler** einen Rückblick auf die Juni-Sitzung des Gemeinderates. Er habe im Rahmen der Behandlung der Rechnung 2002 Fragen zum Thema Contracting gestellt. Im Protokoll seien Ausführungen von Stadtrat Tremp zu diesem Thema nachzulesen, und auf dem Tonband höre man seine Aussage, dass die Werkkommission über das Contracting orientiert werden sollte. Dies sei jedoch nicht erfolgt, obschon man für einen Einbezug genügend Zeit gehabt hätte. Wäre das Geschäft seiner Kommission unterbreitet worden, hätten sie es einer fachlichen Prüfung unterzogen, den Handlungsbedarf beleuchtet, die Auswirkungen auf das Energiemanagement der IBC skizziert, die Arbeitsvergaben durchleuchtet und die Wirtschaftlichkeit des Projekts geprüft. Die Kompetenzverletzung sei scharf zu kritisieren. Er könne sich folgendes weiteres Vorgehen vorstellen: Beratung eines Strategiepapiers in der Werkkommission inklusive Realisierungspotenzial mit Anteil Eigen- und Fremdfinanzierung für die nächsten fünf Jahre, und der Gemeinderat fasse Beschluss über Umsetzung und Finanzierung der Strategie. Immerhin sei festzuhalten, dass Investitionen in

Blockheizkraftwerke sinnvoll seien und Renditeobjekte ohne Risiko darstellten. Ferner könnten die IBC ihr Energieportfolio optimieren, was zu verbesserten Bezugskonditionen für Gas führen könne.

- **Rückweisungsantrag** der SP

Hensel begründet den Antrag mit bereits genannten Argumenten. Wohl sei das Projekt interessant, doch sei das Vorgehen nicht akzeptabel.

Frau **Cahannes** wendet sich gegen die Rückweisung des Geschäfts. Es sei eine Ermessensfrage, ob die gesetzliche Grundlage im vorliegenden Fall ausreichend sei, auch könne nicht von einem Verstoss gegen die Verfassung gesprochen werden. Die IBC müssten sich für neue Geschäftsfelder öffnen und hätten sich vorliegend vom Markt leiten lassen. Es gelte nun, aus den Fehlern die entsprechenden Lehren zu ziehen. Das Geld sei ausgegeben, weshalb dem Antrag des Stadtrates zugestimmt werden könne.

Das Verfahren sei in der Tat nicht korrekt gelaufen, und er nehme die Schelte entgegen, führt Stadtrat **Tremp** aus. Auch er wende sich gegen die Rückweisung, weil sie nichts bringe und die Gelder bereits ausgegeben seien; das Geschäft sollte im 2003 abgeschlossen werden können. Bei der Energieversorgung handle es sich um eine Hauptaufgabe der IBC, weshalb der Einwand der mangelnden rechtlichen Grundlage unbegründet sei. Der Stadtrat hätte auch der Fernheiz Chur AG ein Darlehen geben können, doch sei man davon ausgegangen, dass nicht die Stadt die Finanzierung übernehme.

Der Chef der Finanzkontrolle, **Clement**, macht Ausführungen zur finanzrechtlichen Behandlung des Geschäfts. Die getätigten Ausgaben seien zum Zeitpunkt der Rechnungslegung als Investition zu qualifizieren, weil Leistungen für Investitionen in der Laufenden Rechnung gutgeschrieben und in der Investitionsrechnung belastet würden. Dies könne jedoch nur geschehen, wenn dafür ein entsprechendes Konto geschaffen werde. Er empfehle daher, auf die Botschaft einzutreten und das dafür vorgesehene Investitionskonto zu beschliessen. Eine Rückweisung des Geschäfts hätte zur Folge, dass die Ausgabe von über 1 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2003 belastet bliebe und das BHKW nicht einmal als Pro-Memoria-Konto in der Investitionsrechnung ersichtlich wäre. Er empfehle zudem, Ziff. 3 des Antrags zu streichen, weil sie überflüssig sei.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag wird mit 8 gegen 6 Stimmen bei 7 Enthaltungen **abgelehnt**.

Schlussabstimmung:

1. Das Projekt für die bereits erstellte Energieanlage in der Überbauung Kornquader wird mit 18 gegen 2 Stimmen bei 1 Enthaltung nachträglich genehmigt.
2. Für die Erstellungskosten der Anlage Kornquader von insgesamt Fr. 1'014'000.-- wird mit 19 gegen 2 Stimmen ein entsprechender Kredit zu Lasten eines neu zu schaffenden Kontos der Investitionsrechnung 2003 bewilligt.
3. entfällt

4. Voranschlag 2004 / GPK-Bericht

Für die Beratung dieses Geschäfts nehmen **Peter Guidali** und **Albin Bislin** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung sowie **Christian Clement** von der Finanzkontrolle Einsitz.

Mit Botschaft Nr. 51/2003 beantragt der Stadtrat:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2004 bei Aufwendungen von Fr. 297'780'900.-- und Erträgen von Fr. 298’028‘400.-- sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 247’500.--wird genehmigt.
2. Der Steuerfuss für das Jahr 2004 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.
3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2004 betragen maximal Fr. 25'000’000.--.
4. Die Feuerschutzgebühr für das Jahr 2004 beträgt unverändert 0,06 ‰.
5. Der Feuerwehrpflichtersatz für das Jahr 2004 beträgt unverändert Fr. 105.--.

Mit Bericht vom 19. November 2003 stellt die **GPK** folgende Anträge:

1. Der Voranschlag 2004 der Stadt Chur wird unter Berücksichtigung der von der GPK erwähnten Korrekturen (Seite 5 Bericht) genehmigt.

2. Die Nettoinvestitionen sind auf 25 Mio. Franken zu plafonieren.

3. Dem Beschlusses-Entwurf des Stadtrates wird zugestimmt.

Eintreten

Der Stadtpräsident erläutert den Antrag des Stadtrates betreffend Teuerungsausgleich für das Personal. Die Stadt habe sich diesbezüglich immer nach dem Kanton gerichtet, der für das kommende Jahr jedoch auf eine Teuerungszulage verzichte, hingegen 0.3 % individuell für gute Leistungen ausrichte. Da die Stadt noch über kein Mitarbeiterqualifikationssystem verfüge und beim Kanton die überwiegende Mehrheit des Personals die Leistungszulage erhalte, beantrage der Stadtrat eine Zulage von 0.3 %. Dies führte zu einem Ertragsüberschuss von Fr. 630'900.--.

Der Voranschlag 2004 befriedige in Bezug auf die Investitionsrechnung nicht, weise diese doch erneut einen Finanzierungsfehlbetrag von 6.6 Mio. Franken aus, führt **GPK-Präsident** Zürcher aus. Damit werde die Nettoverschuldung, die in den letzten Jahren kontinuierlich habe gesenkt werden können, erneut ansteigen. Der Blick in den Finanzplan 2005 – 2006 sei ebenfalls nicht ermutigend, denn dort seien jährliche Finanzierungsfehlbeträge von 12 Mio. Franken prognostiziert. Auch die GPK habe sich mit der Teuerungszulage befasst und vorsorglich 0.3 % aufgenommen. Nachdem der Kanton jedoch lediglich den Leistungsbonus ausrichte und keine Teuerung gewähre, solle auch die Stadt für das kommende Jahr auf eine Teuerungszulage verzichten. Das Postulat Suter sei nach Ansicht der GPK nicht erfüllt worden, was auf viele nicht beeinflussbare Mehraufwendungen von ca. 10 Mio. Franken zurückzuführen sei. Immerhin sei es dem Stadtrat gelungen, die Gesamtausgaben gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres um ca. 4 Mio. Franken zu senken. Dies sei sicherlich nur möglich gewesen durch eine konsequente Umsetzung der stadträtlichen Zielvorgaben. Trotz Erhöhung des Investitionsplafonds auf 25 Mio. Franken hätten wiederum dringend notwendige Projekte verschoben werden müssten . Die Investitionsrechnung 2004 weise in Priorität 1 Nettoinvestitionen von 30.3 Mio. Franken aus. Die Differenz zum Plafonds von 5.4 Mio. Franken sei für Alternativprojekte zu verwenden und dürfe nur ausgelöst werden, wenn andere budgetierte Projekte nicht realisiert werden könnten.

In der Diskussion wird die ausgeglichene Rechnung positiv vermerkt, wenn dazu auch die Kehrichtgrundgebühr und die höheren Wassertarife ihren Beitrag leisteten. Geteilt wird auch die Einschätzung bezüglich Investitionsrechnung, wo unbedingt eine 100 %ige Eigenfinanzie-

rung anzustreben sei. Als Hoffnungsschimmer werden die bedeutenden Baulandreserven bezeichnet.

Bezugnehmend auf den Eigenfinanzierungsgrad meint der **Stadtpräsident** einleitend, dieser sei in den letzten Jahren meist übertroffen worden. Die 2 %-ige Aufwandkürzung des Postulats Suter sei mit 4.1 Mio. Franken praktisch erreicht worden. Zähle man vom Gesamtaufwand den nicht kassawirksamen Aufwand ab, ergebe dies eine Reduktionsvorgabe von 4.3 Mio. Franken. Gebe der Gemeinderat dem Antrag auf eine Teuerungszulage von 0.3 % statt, so leiste das Personal aufgrund einer effektiven Teuerung von 0.5 % einen Beitrag von Fr. 200'000.--. Was die Investitionsrechnung anbelange, so brauche der Stadtrat einfach mehr Spielraum. Die 25 Mio. Franken würden eingehalten und seien überdies nicht in Stein gemeisselt, aber aufgrund der aktuellen grossen Vorhaben notwendig.

Detailberatung

A. LAUFENDE RECHNUNG

1001.3623, Ausgehende laufende Beiträge (Betriebsbeitrag **Stadtbus Chur AG**): **Steidle** hat eine Anregung zur Bedienung des Altersheims Bodmer mit dem Stadtbus an Sonn- und Feiertagen, die der **Stadtpräsident** entgegennimmt.

1032, **Versicherungen**: **Durisch** hat eine Frage zur erfolgten öffentlichen Ausschreibung von Sachversicherungspolicen, die von **Stadtpräsident** und **Stadtschreiber** beantwortet wird.

11, **Personalamt**:

- **Antrag** Hensel

Dem Personal sei für das Jahr 2004 eine Teuerungszulage von 0.5 % auszurichten.

Hensel begründet dies mit Art. 42 PVO, wonach der Landesindex der Konsumentenpreise massgebend ist. Er weist auch auf die aufgelaufene, nicht ausgeglichene Teuerung hin.

Der **Stadtpräsident** weist darauf hin, dass im Voranschlag die Teuerungszulage nicht berücksichtigt ist; der Stadtrat beantrage eine solche von 0.3 %.

Gegen den Antrag Hensel wird die langjährige, bewährte Praxis der Anlehnung an den Kanton ins Feld geführt; es gehe ums Prinzip.

Hensel zieht seinen Antrag zugunsten des stadträtlichen Antrags zurück.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 10 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Auf die Frage von Frau **Ratti** bezeichnet der **Stadtpräsident** die Formulierung auf S. 14 des GPK-Berichts zur Kollektiv-Lebensversicherung mit der Rentenanstalt als missverständlich; die Pensionsversicherung sei zu 100 % ausfinanziert.

2003.3650, Beiträge **Kinderkrippen**: Frau **Bandli** frägt, ob es sich bei den tieferen Beiträge um Auswirkungen des neuen Gesetzes handle. Stadtrat **Jäger** erwidert, dass man nach altem Recht budgetiert habe, da die Volksabstimmung erst am 8. Februar stattfinde.

2430.36531, Beitrag **Klibühni**:

- **Antrag** Steidle

Der Beitrag an die Klibühni sei von Fr. 160'000.-- auf Fr. 175'000.-- zu erhöhen.

Er sei nach wie vor überzeugt, dass der Gemeinderat vor einem Jahr einen richtigen Enscheid gefällt habe, führt **Steidle** aus. Die Klibühni mache im Unterscheid zu den anderen Anbietern professionelles Theater. Er sei deshalb froh, dass diese Sonderstellung an sich unbestritten sei und es eigentlich nur um die Höhe des Betrags gehe. Vielleicht könne Stadtrat Jäger die Angemessenheit der Fr. 160'000.-- begründen, in den Akten jedenfalls habe er nichts gefunden.

Frau **Cavegn** tritt bei der Behandlung dieses Geschäfts in den Ausstand.

Der Antrag Steidle wird heftig diskutiert. Einerseits wird die Mittelverteilung der Kulturkommission erwähnt, die ausgewogen und durchdacht sei, anderseits wird darauf hingewiesen, dass die Klibühni auf die Mittel angewiesen sei.

Stadtrat **Jäger** weist darauf hin, dass die Kulturkommission die Gelder auf Sparten und Anbieter aufteile, wobei auf das Theaterschaffen 1 Mio. Franken entfalle. Seines Erachtens seien die Gelder gerecht verteilt worden. Mit den Fr. 160'000.--- habe die Klibühni die gewünschte Sicherheit und verfüge zudem über mehr Geld als bis ins Jahr 2002.

Abstimmung:

Der Antrag Steidle wird mit 10 gegen 9 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt**.

3350.3109, **Werbung, Abonnenteninformation** (IBC):

- **Antrag** Lurati

Die Position sei von Fr. 135'000.-- auf Fr. 50'000.-- zu reduzieren.

Stadtrat **Tremp** erläutert die Zusammensetzung dieser Position. Der Stadtrat unterstütze den Antrag der GPK um Kürzung von Fr. 35'000.--. Die IBC hätten wohl das Monopol, doch gebe es andere EWs, die sich auf dem Platz Chur ausweiteten.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 16 gegen 4 Stimmen bei 1 Enthaltung **abgelehnt.**

B. INVESTITIONSRECHNUNG

34.503, Obere Au, **Fitnesscenter**:

- **Antrag** Frau Cavegn

Der Antrag der GPK auf Streichung der im Voranschlag 2004 vorgesehenen Fr. 600'000.-- sei abzulehnen.

Frau **Cavegn** begründet ihren Antrag mit der grossen Nachfrage, zudem seien die heutigen Räumlichkeiten ungenügend. Die privaten Fitnessangebote sprächen ein anderes Publikum an und seien zudem viel teurer.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 16 gegen 5 Stimmen **abgelehnt**.

Tenchio nimmt Bezug auf die Ausführungen im GPK-Bericht auf S. 9. Die GPK führt dort aus, sie lege Wert darauf, dass der Spielraum von ca. 10 % (Differenz der Summe der aufgelisteten Projekte zum Plafond) auch in künftigen Budgets eingehalten werde. Er wolle wissen, wie sich der Stadtrat zu dieser Bemerkung stelle.

Der **Stadtpräsident** möchte kein Versprechen abgeben, man werde die 10 % aber anpeilen. Entscheidend sei in jedem Fall der Plafond.

Schlussabstimmung:

Einstimmig fasst der Gemeinderat folgende Beschlüsse:

1. Der Voranschlag der Stadt Chur für das Jahr 2004 wird unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat beschlossenen Änderungen wie folgt genehmigt:

Aufwand	Fr. 297'830'500.--
Ertrag	Fr. 298'761’400.--
Ertragsüberschuss	Fr. 930’900.--

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2004 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.

3. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2004 betragen maximal Fr. 25'000’000.--.

4. Die Feuerschutzgebühr für das Jahr 2004 beträgt unverändert 0,06 ‰.

5. Der Feuerwehrpflichtersatz für das Jahr 2004 beträgt unverändert Fr. 105.--.

5. Beitrag an die bauliche Sanierung der Alterssiedlung „im Bodmer“

Mit Botschaft Nr. 53/2003 beantragt der Stadtrat:

Für die Sanierung der Alterssiedlung „im Bodmer“ wird als Beitrag der Stadt Chur ein Bruttokredit von Fr. 761'890.-- freigegeben (Konto 57.564.9).

Frau **Cahannes** tritt bei der Behandlung dieses Geschäfts in den **Ausstand**.

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

6. Interpellation Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Auswirkungen Sparprogramm Kanton Graubünden

Tenchio weist darauf hin, dass die Interpellation nicht beantwortet sei, sondern der Stadtrat eine Fristerstreckung bis 30. Juni 2004 beantrage. Diesem Antrag könne stattgegeben werden.

Abstimmung:

Für die Beantwortung dieses Vorstosses erhält der Stadtrat eine Fristerstreckung bis 30. Juni 2004 (einstimmig).

7. Wahl des Präsidiums für 2004

Die SVP-Fraktion schlägt Reto A. Lardelli zum Gemeinderatspräsidenten für das Jahr 2004 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Resultat des Wahlganges:

Bei einem absoluten Mehr von 11 Stimmen wird **Lardelli** mit 20 Stimmen gewählt.

Lardelli erklärt Annahme der Wahl.

8. Wahl des Vizepräsidiums für 2004

Die FDP-Fraktion schlägt Andrea Ullius zum Gemeinderatsvizepräsidenten für das Jahr 2004 vor.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Resultat des Wahlganges:

Bei einem absoluten Mehr von 10 Stimmen wird **Ullius** mit 18 Stimmen gewählt.

Ullius erklärt Annahme der Wahl.

9. Wahl des Aktuariats für 2004

Für das Aktuariat unterbreitet der Stadtrat folgenden Vorschlag:

Aktuar: Markus Frauenfelder, Stadtschreiber, 1. Stellvertretung: Patrick Benz, Rechtskonsulent, 2. Stellvertretung: Regula Stump, Leiterin Personalamt.

Resultat des Wahlganges:

Aktuar:	**Markus Frauenfelder** (21 Stimmen)
1. Stellvertretung:	**Patrick Benz** (21 Stimmen)
2. Stellvertretung:	**Regula Stump** (20 Stimmen)

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der Gemeinderatspräsident gibt den Eingang folgender parlamentarischer Vorstösse bekannt:

- Postulat Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betreffend Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes in der Stadt Chur

- Postulat Marco Willi und Mitunterzeichnende betreffend Zwischenbericht Stadtentwicklungskonzept

Verabschiedung von Gemeinderat Peter Zürcher

Der zurücktretende Gemeinderat und GPK-Präsident Peter Zürcher wird mit einer kurzen Würdigung und der Übergabe des Hemmi-Planes verabschiedet.

Im Anschluss an die Sitzung findet das traditionelle Jahresschlussessen im „Globus“ statt.

Chur, 15. Januar 2004

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder